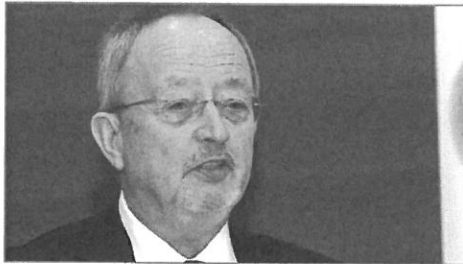


REIMPORTE

„Huml gibt die Pharmedlobbyistin“

APOTHEKE ADHOC, 31.03.2016 12:56 Uhr



Wenig hilfreich: Wolfram-Arnim Candidus, Vorsitzender der Bürger Initiative Gesundheit, wirft Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml vor, Patienten zu verunsichern und sich zur Pharmedlobbyistin zu machen.

Foto: Elke Hinkelbein

Berlin - Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml (CSU) ist keine Freundin von Reimporten, Wolfram-Arnim Candidus, Vorsitzender der Bürger Initiative Gesundheit, dagegen schon. Er wirft der Politikerin vor, sich zur Pharmedlobbyistin zu machen.

In einer Pressemitteilung hatte das bayerische Gesundheitsministerium vor Arzneimittelfälschungen gewarnt. Reimporte seien ein Einfallstor für Fälschungen, das Risiko daher größer als der Nutzen, hieß es. Die Importquote gehöre abgeschafft, man brauche nicht noch mehr ausländische Arzneimittel.

Candidus wirft Huml nicht nur „einen erstaunlichen Mangel an Sachkenntnis“ vor, sondern auch schädigende Aussagen für das Patientenwohl: „Wenn kraft einer ministeriellen Pressemitteilung undifferenziert Zweifel an der Echtheit ausländischer Arzneimittel geweckt wird, hat das verheerende Folgen für die Patientensicherheit“, so Candidus. Patienten vertrauten zu Recht darauf, dass Arzneimittel, die sie in deutschen Apotheken erhielten, sicher seien. „Das muss so sein, denn unsichere Arzneimittel möchte kein Patient einnehmen.“

Ihm sei kein einziger Fall bekannt, dass durch die bisher bekannten Fälschungen ein Patient zu Schaden gekommen wäre. „Die Nichteinnahme lebenswichtiger Arzneimittel aufgrund von Verunsicherungen hat hingegen unmittelbare Konsequenzen für das Leben und die Gesundheit von Patienten, die die Ministerin zu vertreten hat, wenn Patienten Kenntnis solcher wenig hilfreicher Pressemitteilungen erhalten.“

Seitens der Aufsichtsbehörden seien keinem einzigen Anbieter von Arzneimitteln die Zuverlässigkeit abgesprochen und das entsprechende Unternehmen geschlossen worden – weder in Bayern noch sonst wo in Deutschland. „Die Ministerin geht auch an dieser Stelle weit über ihre Kompetenzen hinaus“, so Candidus.

Reimporte hätten ihren Nutzen als einziges Wettbewerbsinstrument im Bereich patentgeschützter Arzneimittel hinlänglich bewiesen, so Candidus mit Verweis auf die Prognosestudie im Auftrag des Branchenverbands VAD. „Solange Geld im Gesundheitswesen ein knappes Gut ist, liegt es im Patienteninteresse, alle sinnvollen Einsparmöglichkeiten auszuschöpfen, um Mittel für eine Verbesserung der Versorgungsqualität der Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen. Darin liegt die Aufgabe der Ministerin, nicht darin sich zur Lobbyisten der Pharmaindustrie zu machen.“

Bereits vor zwei Jahren hatte die Bürger Initiative Gesundheit, früher bekannt unter dem Namen Deutsche Gesellschaft für Versicherte und Patienten (DGVP), die Reimporteure in Schutz vor Kritik von Apothekerseite genommen. Die ABDA wolle erreichen, dass Apotheker, ohne an eine Quote denken zu müssen, selbst entscheiden könnten, was sie abgeben und dabei Sicherheitserwägungen in den Vordergrund stellen.

Huml, von Hause aus Ärztin, sollte laut Candidus bekannt sein, dass die in Deutschland vertriebenen Arzneimittel weit überwiegend ausländische Arzneimittel sind. „Der durch die Rabattverträge begründete Kostendruck hat dazu geführt, dass Generika heute vor allem aus Indien, China oder Israel stammen.“ Er verweist auf den Skandal um gefälschte Bioäquivalenzstudien des indischen Dienstleisters GVK Biosciences, der im vergangenen Jahr dazu geführt hatte, dass verschiedene Zulassungen ruhen mussten. Der größte bekannt gewordene Fall einer echten Fälschung betraf laut Candidus das Generikum Omeprazol.

Auch forschende Pharmafirmen forschten und produzierten primär im Ausland und seien in Deutschland „lediglich Großhändler, die ausländische Arzneimittel vertreiben“. Im vergangenen Jahr seien wiederholt in Italien gestohlene Arzneimittel über Großhändler zurück in die legale Handelskette gelangt und bestehende Unregelmäßigkeiten durch Arzneimittelimporteure, nicht durch die Hersteller, aufgedeckt worden.

Bereits im vergangenen Juni hatten Huml und Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) die Abschaffung der Importförderklausel gefordert. Diese werde nicht mehr gebraucht, um die Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung zu verbessern, so ein Ergebnis des vor einem Jahr ins Leben gerufenen Bayerischen Pharmagipfels. „Im Gegenteil: Sie führt zu mehr Bürokratie und trägt dazu bei, die Arzneimittelsicherheit in Deutschland zu gefährden. Denn sie ist Einfallstor für gefälschte Arzneimittel aus dem Ausland, die damit legal in den deutschen Handel gelangen.“

Quellen-URL (abgerufen am 04.04.2016 - 08:21):

<http://www.apotheke-adhoc.de/nachrichten/politik/nachricht-detail-politik/reimport-bayern-gesundheitsministerin-huml-csu-arzneimittel-apotheke/>

Copyright © 2007 - 2016, APOTHEKE ADHOC ist ein Dienst von EL PATO Ltd. - Agentur für Kommunikation. Skalitzer Straße 68 / 10997 Berlin Geschäftsführer: Patrick Hollstein, Thomas Bellartz / Amtsgericht Berlin Charlottenburg / HRB 100 205 B / USt-IdNr.: DE246500697.

Drucken